

Kleingemeinden wagen Grosses

Elf Oberbaselbieter Dörfer reichen Gemeindeinitiative ein, die Neuverhandlung des Universitätsvertrags fordert.

Michel Ecklin

Es waren fünf Vertreter von kleinen Gemeinden aus dem Oberbaselbiet, die gestern ihre «Uni-Finanzierungs-Initiative» bei der Landeskanzlei überreichten. Das Thema, das sie darin ansprechen, greift aber viel weiter. Es betrifft nicht nur die beiden Basel, sondern alle Kantone und auch den Bund. Ihre Gemeindeinitiative fordert nämlich die Kündigung und die Neuverhandlung des Universitätsvertrags mit Basel-Stadt.

Die Initianten gehen von der Situation in ihren eigenen Dörfern aus. Diese müssten immer mehr Aufgaben erfüllen, Geld werde immer knapper, wurde gestern gesagt. Vom Kanton ist keine Unterstützung zu erwarten, er muss sein strukturelles Defizit ausmerzen. «Es wird gespart, wo es nur geht, bei unzähligen kleinen Dingen, die uns betreffen», sagte gestern Thomas Zumbrunn, Gemeindepräsident von Rütenberg, von dem die Idee für die Initiative ausgegangen ist. «Die grossen Brocken geht man aber nicht an.»

Finanzausgleich des Bundes soll greifen

Damit meint er den Univertrag. Dort sieht er «ein riesiges Sparpotenzial», weil die Finanzierung der Uni «ungerecht» sei. Er rechnete vor: Basel-Stadt zahlt für seine Studierenden aufgrund des Univertrags jährlich rund 80'000 Franken, Baselland 60'000 Franken. Bei den übrigen Kantonen greift die Interkantonale Universitätsvereinbarung, sie zahlen nur rund 15'000 Franken pro Studierenden.

Die beiden Basel übernehmen das «Restdefizit», das Studierende aus den übrigen Kantonen verursachen. 2024 betrug es 170 Millionen Franken. «Das ist die grosse Diskrepanz, die wir kritisieren», so Zumbrunn.



Thomas Zumbrunn (Gemeindepräsident Rütenberg) überreicht Elisabeth Heer Dietrich (Landschreiberin) die Initiative.

Bild: Kenneth Nars

Die Initiative fordert vom Kanton Baselland, «alle ihm möglichen Schritte» vorzunehmen, um einen neuen Univertrag zu erreichen. Dieser solle eine gemeinsame Trägerschaft «aller Kantone mit an der Universität Basel Studierenden» umfassen. Wie das geschehen soll, lässt die Initiative offen. Im Auge haben die Oberbaselbieter den Finanzausgleich des Bundes. Dieser sehe die Möglichkeit vor, die Kantone zu zwingen, sich an Zentrumsleistungen zu beteiligen, so Zumbrunn. «Das wurde bisher noch nie gemacht.»

Die Gemeindeinitiative wurde allen 86 Baselbieter Gemeinden zugestellt. Doch die meisten Gemeinderäte unterbreiteten

sie gar nicht erst der Gemeindeversammlung beziehungsweise dem Einwohnerrat. Am Ende hat sie die Unterstützung von elf Gemeinden erhalten, alles kleine Oberbaselbieter Dörfer. Um sie einzureichen, reichten fünf.

Ein Hilfeschrei aus dem armen Oberbaselbiet

Viele Gemeinderäte, auch aus dem Unterbaselbiet, sähen zwar das Problem, hielten aber die Initiative für den falschen Weg, hat Zumbrunn festgestellt. Er hätte sich eine etwas diversere Trägerschaft gewünscht. «Wir haben gemerkt, dass unser Vorhaben sofort als SVP-Initiative und gegen die Uni abgestempelt wird.» Die Initianten bedauern

dies. Anstatt eine Gemeindeinitiative zu organisieren, hätten sie eine Volksinitiative oder einen Vorstoss im Landrat lancieren können. «Es geht um ein Thema, zu dem sich das Volk äussern soll», sagt Niklaus Häfelfinger, Diegter Vizegemeindepräsident. «Das Parlament hat die Möglichkeit, etwas daraus zu machen.» Der Wenslinger Gemeindepräsident Roger Grieder meint, man habe die Oberbaselbieter Landräte auf das Thema angesprochen. «Wir haben aber gemerkt, dass sie es nicht aufnehmen wollten.»

Einen Vorteil sieht Zumbrunn darin, dass die Initiative nur von kleinen Gemeinden im Oberbaselbiet getragen wird:

Dort spielen Parteien kaum eine Rolle. In Hinblick auf die anstehende Debatte im Landrat stimmt ihn das optimistisch: «Ich hoffe, dass unsere Initiative ohne parteipolitische Scheuklappen diskutiert wird.» Lehnt das Kantonsparlament das Volksbegehren ab, kommt es zur Urnenabstimmung, selbst wenn es einen Gegenvorschlag gibt.

Am Mittwoch wurde aber auch deutlich: Die finanzschwachen Dörfer unterstützen die Initiative nicht zuletzt aus Verzweiflung. «Uns werden immer wieder neue Lasten aufgebürdet», sagte Grieder. «Das Geld reicht vorne und hinten nicht. Die Initiative ist ein Lichtblick für uns, sie ist eine Vision.»

Kommentar

Richtige Idee, falsche Optik

Aus ihrer Finanznot heraus haben einige Dörfer eine neue Geldquelle entdeckt: Kantone ohne Universität sollen für ihre Studierenden an der Basler Uni die Vollkosten übernehmen. Ist der Kanton Baselland weniger klamm, kann er die armen Gemeinden finanziell stärker unterstützen, so die Idee der jetzt eingereichten Initiative.

Es gibt tatsächlich keinen Grund, warum beide Basel die Uni-losen Kantone subventionieren sollten. Die Dörfer greifen das richtige Thema auf, betrachten es aber nur aus ihrer Optik. Dass der Kanton mehr Geld für sie übrig hätte, wäre nur ein Nebeneffekt einer gerechteren Uni-Finanzierung. Hier geht es um Fragen des nationalen Ausgleichs, den die Kantone untereinander ausmachen. In der hochföderalistischen Schweiz ist das ein heisses Eisen. Und alle Unikantone sind in einer ähnlichen Lage wie die beiden Basel. Angestrebt müsste also eine schweizweite Neuregelung der Finanzierung der Hochschulen. Das muss man auf Bundesebene anpacken.

Die Initianten glauben ernsthaft, ihre Gemeindeversammlungen könnten mehr Geld vom Kanton wünschen und die Baselbieter Regierung werde dann alle übrigen Kantone überzeugen, mehr zu zahlen. Das ist naiv. Der an sich guten Sache dient das nicht.



Michel Ecklin
michel.ecklin@chmedia.ch